

Saale-Beitung.

Zehntendirektions-Jahrgang

Nr. 219.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 12. Mai

1903.

Bezugspreis

Das Blatt vierteljährlich 2,50 M., bei vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Schärre in Halle.

Verlagsnummer von 1903, 618 12. Nr.

[Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 174.]

Anzeigen

Werben die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von weiteren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Kirche und Politik.

Warum der Kaiser nach Monte Cassino ging, warum er, wie schon früher, auch bei dieser Gelegenheit dem Dr. Benediktus sein Wohlwollen und seine Zuneigung so warm zu erkennen gegeben, und warum aus diesem Anlaß die Jubelgedichte so ganz besonders hell und feierlich durch die Presse, Korrespondenzen, Zeitungen klingen, darüber glaubt die „Presse, Korrespondenzen“ folgende Auffassung geben zu können:

Schon seit Jahren ist gelegentlich darauf hingewiesen worden, daß die Benediktiner ein wichtiger Stein seien, der der Regierung auf dem politischen Schachbrett zur Verfügung stehe, denn sie aber bisher noch immer in tieferer Geborgenheit habe. Vielleicht ist der Moment nahe, in dem sie jetzt veranlaßt werden wird, ihn ins Spiel zu bringen. Erzbischof v. Stabilewski ist ein schwerkranker Herr; er leidet an Arterienverkalkung. In die Hände des Oberhauptes der Pöster Diözese ist ein großes Maß politischer Macht gelegt; sein Wille, daß die Frage schon heute ventilirt wird, was werden soll, wenn er dereinst von der Ausübung seines Bistumsamtes abzutreten wird. Von den Hoffnungen, die man einst in Berlin hegte, als der Pöster keinen Nutzen für den Erzbischof hätte befehlen können, hat sich nichts mehr vorfinden lassen, man hat längst eingesehen, daß man viel zu optimistisch gewesen ist und die alte Feindseligkeit der Pöster nicht unterschätzte, als man ihnen ohne Not das erbischofliche Amt in Pöster als politische Centrale preisgab.

Es gilt schon heute als feststehende Tatsache, daß die Katholiken der Provinz Pöster nicht zum zweiten Male einen Pöster als Oberbischöfen erhalten werden, und es heißt, daß ein Mitglied des Ordens St. Benediktus beufen sei, nach Herrn von Stabilewski den Einfluß des belgischen Adolbert zusammenfassen. Warum gerade ein Benediktiner? Die Benediktiner waren Jahrhunderte hindurch einer der hervorragendsten Kulturträger im Sinne des Christentums. Wissenschaft und Kunst werden noch heute in ihren Klöstern eifrig gepflegt, darüber hinaus geleitet ihnen die Tradition ihres Ordens, sich aller politischen Gerüche und Mäntelchen fern zu halten.

Es sind das Eigenschaften, deren Besitz man von deutschen nationalen Standpunkten her dem italienischen Klerus des Ostens auf das allerbedingtesten begünstigen würde, die sich aber mit der Pöster eines geeigneten Erzbischofs nach nicht ohne weiteres auf die ihm nachgeordneter Geistlichkeit übertragen würden. Aus diesem Grunde soll im Einvernehmen mit dem Kaiser Sorge dafür getroffen werden, daß dem künftigen Erzbischof Stabilewski aus dem Pöster des eigenen Ordens in genügender Zahl bereit zur Verfügung stehen. Auf diese Weise wird es sich nach dem, was man sich hier in Berlin erzählt, daß besondere Verhältnis des Kaisers zu dem Orden des belgischen Benediktus zurückzuführen. Die Ausrüstung soll zuerst von einem belgischen, an Einfluß und Ideen reichen Mitglied des Kultusministeriums ausgegangen sein; die Bewilligung des Reichstages ist unter Mitwirkung hervorragender Mitglieder des Reichstages erfolgt.

Die Vereinerung können wir angesichts des geschilderten Zustandes nicht unterlassen. Ein deutsch gesinnter Erzbischof und die Durchsetzung des Klerus der Provinz Pöster mit deutsch gesinnten Elementen wären für den Pöster sehr nützlich, auf die Dauer aber werden sie allein die kulturellen Interessen deutscher Kultur im Osten nicht halten. Gewiß wäre dem, sie zu erweitern. Wenn nicht eine Verwaltung vorhanden ist, die mit der Klugheit der Schönerer arbeitet, wird sich die neuimportierte deutsch gesinnte Geistlichkeit vor der Tradition des Ordens sehr wohl polieren. Dafür bürgen die Gewohnheit und der politische Instinkt des Pöster, denen wir bisher Ebenbürtiges nicht entgegenzusetzen hatten.

Deutsches Reich.

Sal- und Personalverordnungen. Der Kaiser ist gestern nachmittags 6 Uhr von Karlsruhe, wo er kurz nach 12 Uhr mittags von Bonn nach Köln ausgetreten war, nach Straßburg abgereist. Zur Verabschiedung waren der Großherzog, die Großherzogin, der Großherzog von Baden und Prinz Max von Baden erschienen. Der bisherige Hofmarschall v. Trotta ist unter Entlassung von diesem Amte und unter Befehl des Kaisers als Hofmarschall zum Hofmarschall des Kronprinzen ernannt worden. Der bisherige Hofmarschall v. Trotta ist Hofmarschall zum Hofmarschall des Kronprinzen ernannt worden. Der bisherige Hofmarschall v. Trotta ist Hofmarschall zum Hofmarschall des Kronprinzen ernannt worden.

Ueber den Stand der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen

Die Presse hat vielfach widersprechende Ansichten über die Unterredung veröffentlicht, die in Rom der Reichskonsler Graf Balow mit dem Ministerpräsidenten Zanardelli und dem Minister des Auswärtigen Morin geführt hat. Es ist zwar, es seien die Grundlagen des neuen deutsch-italienischen Handelsvertrages festgelegt worden. Die Unmöglichkeit einer solchen Abmachung in einer 1/2tägigen Unterredung leuchtet aber ohne weiteres ein, da es sich bei Erneuerung eines Handelsvertrages nicht um ein großes Prinzip wie bei einem politischen Bündnis handelt, sondern um eine Fülle von wichtigen Einzelgängen. Zur gegenseitigen Berücksichtigung, daß man in die Verhandlungen mit dem besten Willen eines solchen, die beiderseitigen gerechtfertigten Interessen berücksichtigenden Resultats eintrete, bedürfte es keiner Romreise des Reichskonslers, der auch solche Versicherungen vor der Reichstagswahl nur mit sehr beschränkter Wirkung abgeben kann. Dazu kommt aber noch, daß die Dinge in Italien auch nicht klar liegen, da die Ernennung Morins zum Minister des Auswärtigen die Veröffentlichung des neuen italienischen Zolltarifs verzögert hat. Worin weiterte sich hauptsächlich wegen seiner Unkenntnis in der Frage der Handelsverträge, das Rückwärts zu überlegen und will sich nun, ehe er den neuen Zolltarif der Öffentlichkeit übergibt, eifrig abarbeiten.

Der Zolltarif besteht aus zwei Teilen. Im dem ersten werden alle Wünsche der Interessenten mitgeteilt und die Verteilung, die sie durch die Kommission erfahren haben. Im zweiten folgt dann der öffentliche Zolltarif-Erkenntnis. Man versteht, daß die Hauptänderung in der Anlage des neuen Zolltarifs gegenüber dem bisherigen besteht in der weitaus größeren Spezialisierung der die Industrie betreffenden Positionen. So ist die heute geltende Anordnung für die Erzeugnisse der chemischen und elektrotechnischen Industrie noch vom Jahre 1878; sie wurde 1887 und 1892 unverständlich übernommen. Welche Veränderungen sich aber gerade in diesen Industrien in den letzten 25 Jahren vollzogen haben, dafür bedarf es keines Beweises. Und die Spezialisierung wird einer für Deutschland ziemlich empfindlichen Rechtsabteilung gleichkommen, da keine viele Erzeugnisse durch die neuen des Zolltarifs zollfrei nach Italien gelangen. Die Umwandlung des Zolltarifs ist in Rom fast vollendet, man erwartet nur Morins Diktat zur Veröffentlichung.

Politisches.

Der Reichskonsler veröffentlicht die zwischen Venezuela und Deutschland abgeschlossenen Abkommen wegen Abgrenzung einer gemischten Kommission zur Festlegung der deutschen Reklamationen und wegen der idiosyncratischen Entscheidung gewisser Fragen wegen Bezahlung dieser Reklamationen. Beide Abkommen sind vom 7. Mai aus Washington datiert und von dem deutschen Gesandten Freiherrn Speck von Sternburg und dem venezolanischen Bevollmächtigten Bowen unterzeichnet. Das letztere bestimmt, daß die von Deutschland und Venezuela zu erneuernden Mitglieder der Kommission am 1. Juni in Caracas zusammenzutreten sollen und von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu ernennende Dinnann beistehen, höchstens am 1. Juni, in die Kommission eintritt. Reklamationen sind bei dem deutschen Gesandten in Caracas bis zum 1. Juli anzugeben; die Kommission hat binnen sechs Monaten nach der Annahme und, falls sie sich nicht einigt, jedes Abkommen nach Zustimmung des Dinnann darüber zu entscheiden. Am zweiten Abkommen enthält das Kaiserliche Schiedsgericht, ob Deutschland, Großbritannien und Italien auf Vorzugsbehandlung Anspruch haben und wie die zur Verfügung gestellten 30 Proz. der Zollentlastung in La Guayra und Puerto Cabello zwischen den Gläubigern und den übrigen Gläubigern zu verteilen sind. Wird die Vorzugsbehandlung nicht zugestanden, so soll das Schiedsgericht neben jenen 30 Proz. alle einen Gläubigerrecht zu gute kommenden Vorechte oder Vorrechte an den Einkünften in Betracht ziehen und die Verteilungsfrage zu entscheiden, daß keine Macht eine Vorzugsbehandlung erlangt. Die Entscheidungen sollen endgültig sein. Der Kaiser von Mexiko ernannt drei Schiedsrichter aus den Mitgliedern des Kaiserlichen Schiedsgerichts, die keiner Signatur oder Gläubigerrecht angehören dürfen. Des Weiteren wird in englischer Sprache durchgeführt. Jede Nation, die Reklamationen gegen Venezuela hat, kann sich dem Schiedsgerichtsverfahren als Partei anschließen.

Die Welsch wählungsnotiz wird anlässlich der macedonischen Wirren vom Auswärtigen Amt in Berlin an die Presse veranlagt. Wir lesen in dem zwischen offiziellen „Komb. Kor.“ nachfolgende Mitteilung aus Berlin:

Es klarer, auch gewisse Nachrichten vom Balkan klingen, so legt man an hiesigen amtlichen Stellen durchaus nicht die Ueberzeugung, daß es zum Neuen kommen wird, mit anderen Worten, daß der Konflikt zwischen der Türkei und Bulgarien nicht zu einem kriegerischen Konflikt ausarten wird. Man muß in Auge behalten, daß der Sultan noch immer der Souverän des Fürstentums Bulgarien ist, und daß die Flotte somit eine gewisse Berechtigung hat, sich einer etwas härteren Sprache zu bedienen, als sie zwischen souveränen Regierungen üblich ist. Das die Türkei auf einen Krieg hinbringt, will im Ernst niemand glauben. Im Hinblick auf die Lage, so kann man von einem Krieg nichts zu erwarten haben. Der deutsche Kreuzer „Seydlitz“ wird, wie wir erfahren, nachdem er sich von dem Stand der Dinge in Salonik übergeben hat, alsbald nach Konstantinopel zurückkehren.

Es wäre erfreulich, wenn diese Auffassung sich bestätigen wollte. Als vorjährige Leute treffen oder die an den Balkanangelegenheiten zunächst beteiligten Mächte Maßregeln, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Österreich verleiht seine Truppenmacht in Bosnien. Der Wiener „Zeit“ zufolge wird das 79. Infanterie-Regiment beauftragt die Positionen nach Bosnien abgeben.

Die „Kön. Bg.“ demeritert entschieden die englischen Meldungen, wonach deutsche Offiziere in Mazedonien tätig sein sollen, und namentlich die Befehlsbefehle, daß Deutschland die Türkei zum Kriege mit Bulgarien hege, als böswillige Erfindung. Deutschland habe auf seinen Österreich und Bulgarien in dem Bestreben, den Brand in Mazedonien nach Möglichkeit einzugrenzen. Es sehe nicht an Versuch, durch allerlei Whispers eine Lage herbeizuführen, die den Interessen der zunächst interessierten Mächte zuwiderläuft. Deutschland werde, insofern nicht sich von der Ruhe und Mäßigkeit abbringen lassen, die es bisher beobachtet habe. Wir können den Aufmachungen Goltzow's nicht zugeben, daß nach dem letzten, entschlossenen, gemeinsamen Vorgehen Österreichs und Bulgariens zur Herbeiführung der notwendigen Reformen erste Komplikationen nicht zu befürchten seien.

Kirche und Schule.

Wie die italienische „Gazzetta di Venezia“ schreibt, wird sich der Papst bei der Einweihung des neuen Portals der Pöster Kathedrale betreten lassen. Die apostolische Kanzlei habe Kaiser Wilhelm ein Verwe überlassen, in dem die Ernennung des Kardinal-Bischofs von Breslau Dr. Kopp als legatus a latere zu diesem Zwecke angelehrt wird. Das Wort bemerkt, ähnliche Ernennungen seien selten, und der Papst habe bei diesem Anlaß gegenüber Deutschland und dem Kaiser einen Akt der Courtoisie (difference) vollzogen. Der Kardinal-Bischof werde bei der Pöster Pöster als Legat unter dem Kardinal an der Seite des Kaisers Platz nehmen. — Von dem Kaiser mögen neugierig darauf sein, was für Ueberlieferungen der Pöster des Kaisers beim Papst noch erhalten sind. Wenn der Pöster Pöster nicht in Gestalt gewisser Forderungen der römischen Kirche resp. des Reichstages noch nachkommt.

Wahlbewegung.

Am Sonntag in Aldeleben nochmals die Verpredung der Vertrauensmänner der freisinnigen Volkspartei stattgefunden hat, in der endgültig beschlossen wurde, von der Ausschließung des Kandidaten S. Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl abzusehen.

Am Wahlkreise Käßhausen-Bangensalza-Welshausen wird das Zentrum auf die Umstellung eines Kandidaten bezichtigt und, wie vor fünf Jahren, gleich im ersten Wahlgange für den freisinnigen Kandidaten Oberlehrer Eichhoff eintraten.

Für das Fürstentum Gerz (Neuß) wurde als Kandidat aller bürgerlichen Parteien für die Reichstagswahl der Beigelehrer Herr Raab von der freisinnigen Volkspartei bestimmt.

Verwaltung und Rechtsprechung.

Die allmähliche Aufstellung der ersten Wagenklasse aus den Verordnungen der preussischen Staatsbahnen hat nach der „Post“ der Eisenbahnminister angeordnet. Die Maßregel werde vornehmlich schon im Herbst d. J. beendet sein. Das Blatt fügt hinzu, daß die Maßregel von sonst gut orientierter Seite kommt, möchte eine Verhängung aber doch abzuwarten. Dem „Volksw.“ wurde auf eine Anfrage im Eisenbahnministerium der Beisehr, dort sei von einer solchen Verordnung nichts bekannt, es wurde aber die Möglichkeit angegeben, daß Minister Kunde, der bekanntlich zur Zeit inwohrender Operation abwesend ist, den obigen Plan gefaßt habe.

Soziales.

Gestern in Berlin abgehaltene Konferenz der Landesversicherungsanstalten legte einstimmig den Vorschlag an Erhöhung von Lungenheilstätten in Deutsch-Südwestafrika ab.

In Wilhelmshaven muß wegen Erweiterung der Werftanlagen eine größere Anzahl Arbeiterhäuser niedergelegt werden. Der Staatssekretär des Reichsanstalts des Innern, Staatssekretär Graf von Helldorf, hat sich nach Wilhelmshaven begeben, um aus dem dortigen Eisenbahnministerium die Verlegung der Arbeiterhäuser an anderer Stelle befehlen zu lassen, welches dem Arbeiterbauverein in Wilhelmshaven, der fast nur aus Westfalen besteht, zur Erhaltung neuer Arbeiterhäuser im Wege der Erbauung zu berufen werden soll. Die Vorgänge werden zum größten Teil von der Versicherungsanstalt Hannover dargestellt werden.

See- und Flotte.

Wie die „Tagl. Rundschau“ erzählt, soll die Verabschiedung des Erbprinzen von Meiningen tatsächlich wegen seines ungenügenden Erfolges über die Bekleidungspläne der Soldaten erfolgt sein. — Die Verhängung dieser Maßregel würde zu den allerernsten Betrachtungen Veranlassung geben.

Zum bevorstehenden Wechsel im Kriegsministerium wird dem „V. Z.“ berichtet, daß Generalleutnant v. Einem in militärischen Kreisen als Nachfolger v. Goltz gilt. Wenn er jetzt nicht Kriegsminister werde, dann eile dabei nur die nächsten militärischen Hindernisse. Von den beiden Generalleutenants des Kriegsministeriums, welche ein älteres Patent als Herr v. Einem haben, kommt indessen Generalleutnant v. Tippelskirch nicht mehr in Frage, da er zum Kommandeur der 33. Division in Weib ernannt worden ist. Der zweite Generalleutnant mit älterem Patent als Herr v. Einem ist der Direktor des Centraldepartements v. Billamme, der bei der Ernennung des Generalleutenants v. Einem entweder sein Militärschicksal einreichen oder einen anderen Posten erhalten müßte. Ersteres dürfte das Wahrscheinlichste sein, da General v. Billamme seit seiner Saupinnung, seit dem 20. Jahren, nicht mehr Beamtenamt getan und in dieser Zeit zunächst in der Adjutantur Verwendung gefunden und darauf dem Militärkabinett und dem Kriegsministerium angehört hat.

Ausland.

Die Höllenschiffen im Hafen von New York.

Man ist in amtlichen New Yorker Kreisen der Ueberzeugung, daß der russische Anschlag gegen den britischen Dampfer „Umbria“ auf das Konto der italienischen „Maffia“ zu setzen ist, jener korrupten Vertriebsgesellschaft, die der Schrecken Schillens, in den Vereinigten Staaten unter den ausgewanderten Italienern eine Filiale unterhält, deren Treiben schon mehrfach die öffentliche Meinung in Amerika erregt und die Stimmung gegen die Italiener in der Union auch ungünstig beeinflusst hat. Der Verfasser des Briefes, durch den die Polizei am 1. des Monats Ueberzeugung anmerklich gemacht wurde, spricht von dem Schrecken der furchtbaren Ermordung aus, leben aus New York anlaufenden britischen Dampfer mit





